



# Liebe Leser,

●●● Nächstes Jahr ist Bundestagswahljahr. Die Bundesgesundheitsministerin gerät in panischen Aktionismus von unsystematischen Einzelrestriktionen, nur um nicht vor der Wahl zugeben zu müssen, dass unser Gesundheitssystem so nicht mehr funktioniert.

## Ist das verantwortungsvolle Politik?

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wird aufgrund der schon länger dauernden wirtschaftlichen Schiefelage und jetzt auch noch der Rezessionsgefahr durch den Terrorakt in New York massive Einnahmeverluste erleiden.

Auf der anderen Seite wird Gesundheit für den Einzelnen immer wichtiger. Die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen wird steigen. Für das einzelne Kassenmitglied wird die medizinische Leistung nach guter Tradition immer noch als kostenlos wahrgenommen.

- Beide Entwicklungen werden den Druck auf die gesetzliche Krankenversicherung massiv verstärken. Im Wahljahr wird ein GKV-Defizit von mindestens sechs Milliarden Mark erwartet, die Beiträge werden deutlich über 14 Prozent steigen.

Medienkanzler Schröder hatte vor seiner Wahl den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Reduzierung der Sozialabgaben versprochen, jetzt wird der 11. September 2001 als gute Ausrede herhalten. Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Rezession werden die beherrschenden Themen sein, der rot-grüne Selbstbetrug in der Sozialpolitik wird in dieser Diskussion verhüllt bleiben.

Und doch werden mindestens zwei Elemente einer Neuordnung ständig in Verbindung mit der Wirtschaftlichkeit bleiben: Die Einschränkung der GKV-Leistungen und die Stärkung der Direktbeteiligung. Für beide Kernelemente hat die deutsche Zahnärzteschaft Lösungsvorschläge parat, bereits seit Jahren und ständig aktualisiert. Im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft im Gesundheitswesen wird das System individualisiert, auf die Bedürfnisse des Einzelfalles entwickelt, aus der Anonymität befreit.

- Vertrauen zwischen Patient und Zahnarzt sind die Basis dieser direkten Beziehung, Transparenz der Leistung, entsprechende Qualität und angemessene Honorierung die Folge.

Bürger und Mediziner haben gemeinsame Vorteile, Sozialpolitiker und Krankenkassen weniger Einfluss. Und genau das ist der Punkt, weswegen Sozialfunktionäre an der Planwirtschaft des Sachleistungssystems hängen: der Staat soll den Menschen gängeln, der Patient darf nicht frei entscheiden. Die Zahnmedizin ist ein Beispiel für das gesamte Gesundheitswesen, notwendige Leistungen und Zusatzleistungen zu beschreiben. Bereits jetzt fragen die Menschen nach außervertraglichen Leistungen wie Füllungsalternativen, Individualprophylaxe, Ästhetische Zahnersatzversorgung, Implantate, Bleaching, Laser und noch mehr.

Nutzen wir den zahnmedizinischen Fortschritt und lassen wir die Patienten daran teilhaben, wir können es bereits ohne die GKV in freier Vereinbarung direkt von Mensch zu Mensch.

Es bedarf Aufgeschlossenheit und Fähigkeit, aber beides setze ich bei einem Zahnmediziner voraus.

Uw

Klaus-Peter Hiekenmeister

<b>Inhalt</b>	Betriebswirtschaftsstudium verbessert ...	4
	Bevölkerung mit aktueller Gesundheitspolitik	5
	Mit präventionsorientierter Zahnheilkunde ...	5
	Freier Verband aktualisiert sein ...	6
	Grundsatzprogramm des Freien Verbandes	6
	Kostenexplosion durch Prävention?	10
	DGN Service öffnet den E-Markt ...	11
	Phänomen Praxiserfolg ...	12
	Problemorientiertes Lernen	16
	Kopf frei fürs Examen	19
	Niederlassung rechtzeitig planen	20
	MEDLIVE	20
	Trübe Tage, trübe Stimmung?	21
	Zwischen Campus und Job	22
	Internetlinks für Studenten	22
	Studentenarbeitszeit	24
	Niedersachsen lässt Uni-Bummler zahlen	25
	Studiengebühren ab erstem Semester?	25
	Studienbedingungen	26
	Handbuch zum BDIZ-Implantatregister	27
	Minimalinvasiv Präparieren	27
	Skiurlaub am Rhein	27
	Deutsche Ärzteversicherung mit ...	28
	Your key to dentistry – worldwide	28
	Parodontalchirurgie – Ein klinischer Atlas	28
	Impressum	29
	Bücher	30